

Verlag: ...  
Tages: ...  
Nachdruck: ...

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif  
billig berechnet. Bei öfteren  
Einschaltungen Preisnachlass.

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

**Bezugsbedingungen:**  
Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:  
monatlich . . . . . Kr. 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährlich . . . . . 96.—  
jährlich . . . . . 192.—  
Abrechnung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
sendung der Retourmarken.  
Erscheint mit Ausnahme  
des Montag täglich (11)

3. Jahrgang.

Mittwoch, 7. November 1923.

№. 260.

## Lodgman, der Faschist.

Der Führer der Deutschen Nationalpartei hat im Abgeordnetenhaus eine Rede gehalten, die ein Bekenntnis für den Faschismus war. Während die deutschen Nationalsozialisten, die aus ihrer Hitlerbegeisterung sonst auch kein Geheimnis machen, doch wenigstens in einer Umwandlung von Erkenntnis der Schädlichkeit ihrer auf die nationale Diktatur losstrennenden Politik, sich zu einer Politik der zwei Gesichter entschlossen haben, in Deutschland für die „völkische“ Diktatur eintreten, innerhalb der tschechoslowakischen Republik dagegen der Demokratie auch weiter das Wort reden wollen, geht Herr Dr. Lodgman um einen Schritt weiter. Er redet zwar noch immer von Demokratie und Selbstbestimmungsrecht, aber zugleich erklärt er vor dem ganzen Abgeordnetenhaus, es habe keinen Zweck, über Gerechtigkeit und Demokratie zu streiten in einer Zeit, „wo mehr denn je die militärische Ausrüstung entscheidet“. Die „militärische Ausrüstung“ — man merkt, nach welcher Richtung sich die Hoffnungen Lodgmans bewegen! Er erwartet die Erlangung des Selbstbestimmungsrechtes für die Deutschen in der Tschechoslowakei von der Bekräftigung Deutschlands und diese wieder durch die „militärische Ausrüstung“ der, wie alle Sturmzeichen in Deutschland deuten, zum entscheidenden Schlage ausholenden Rechtsputzschiffen. Keine Debatte mehr, die „militärische Ausrüstung“ wird entscheiden! Das niederträchtige, gewissenlose Treiben der Hakenkreuzler, der bairischen und rheinischen Sonderbündler, der deutschnationalen Hochverräter und Meuterer, hat in Deutschland Zustände geschaffen, wie sie früher nur in Makedonien oder in Mexiko denkbar waren, wo bewaffnete Räuberbanden Regierungen ein- und abziehen. Die Gewaltthäuer der bairischen Verfassungsbrecher stehen an der Grenze Thüringens und warten auf das Signal: Auf nach Berlin! Ein Lumpengefindel ehemaliger Offiziere und plünderungsfähiger Abenteurer, von den Monarchisten und Hakenkreuzlern in Sold genommen, wartet in „militärischer Ausrüstung“ darauf, auf das deutsche Volk losgelassen zu werden. Doch was weiß Herr Dr. Lodgman in dieser schicksalsschweren Stunde, da dem deutschen Volk blutiger Bürgerkrieg und fürchterlichstes Chaos droht, zu sagen? „In Deutschland hat sich die Demokratie das Todesurteil gesprochen!“ Welches Verhängnis über die verzweifelte Lage der deutschen Demokratie spricht aus diesen Worten des Demokraten Lodgman! Wie, die Demokratie hätte sich selber das Todesurteil gesprochen? Das wagt dieser Dr. Lodgman zu sagen, dessen reichsdeutsche Gesinnungsgenossen seit Jahren gegen die Demokratie und Republik schüren, hegen und ihre gewaltsame Pseudeitigung anstreben! Hier im tschechoslowakischen Staate interpelliert Dr. Lodgman, wenn das Parlament auch nur verspätet einberufen wird, für Deutschland aber findet er Parlament und Demokratie als eine „veraltete, überlieferte Form“, und er hofft, es werde „nicht mehr lange dauern, bis man sich wie Mussolini und Lenin der lästigen Form entledigt“!

Mancher wird vielleicht meinen, Dr. Lodgman habe eine Wandlung vorgenommen und man wird darauf verweisen, daß er einst bessere Tage gesehen habe, da er sich noch für die „wahre und reine Demokratie“ einsetzte, ohne ihre Wirksamkeit, da ihm dies gerade passend erscheint, auf jene Länder beschränken zu wollen, in denen ein anderssprachiges Bürgertum an der Herrschaft ist. Doch das wäre keine ausreichende Erklärung für Lodgmans Faschismus. Er hat einmal im Jahre 1912 eine Rede gehalten, in der er sagte, die Deutschen müßten „Politik erst lernen“, denn die Politik sei keine Wissenschaft, sondern „die Kunst, kalt zu rechnen und den Augenblick des Handelns klug zu

## Blutiger Generalfstreik in Polen.

Bombenwurf gegen das Warschauer Parteisekretariat: zwei Tote. — Straßenschußwunden in Larnow: viele Tote und Verwundete; in Krakau: dreißig Tote, achtzig Schwerverletzte.

Warschau, 6. November. Gegenwärtig finden zwischen dem Ministerpräsidenten Stellvertreter Korfanti und den Abgeordneten des parlamentarischen Klubs der sozialistischen Parteien Konferenzen statt, welche sich auf die Liquidierung des Generalfstreiks beziehen. Die Streikleitung verlangt von der Regierung die Annahme aller wirtschaftlichen Forderungen der Streikenden und Zurückziehung der Militarisierung der Eisenbahnen. Das, den amtschen sowie privaten Meldungen aus dem ganzen Lande stellt sich die Streiklage wie folgt dar:

In der Hauptstadt steht der größte Teil der Privatbetriebe und Unternehmungen still. Die Arbeit in den städtischen Unternehmungen wird vom Militär aufrecht erhalten. Heute Vormittag wurde von unbekannten Tätern gegen das Sozial, in dem sich die Kanzlei der polnischen sozialistischen Partei befindet, eine Bombe geschleudert, wobei der Hausbesorger sowie ein Bediensteter getötet wurden.

Im Laufe des gestrigen Tages kam es in Larnow zu schweren Zusammenstößen zwischen den Streikenden und dem Militär, wobei beiderseits geschossen wurde. Auf beiden Seiten waren in Larnow Tote und Verwundete.

Heute Vormittag kam es in Krakau zu blutigen Zusammenstößen zwischen den Streikenden und dem Militär sowie der Polizei. Gegen dreißig Tote und 80 Schwere, und Leichtverletzte sind Opfer der heftigen Kämpfe gefallen. Die Lage ist sehr bedrohlich, da die Streikenden sich eines militärischen Panzerautos bemächtigt haben und gegen das Militär schossen. Außerdem gelang es ihnen, eine Abteilung Militär zu entwaffnen und sich der Waffen zu bemächtigen. Im Augenblicke wird der Sicherheitsdienst in den Straßen von Krakau von bewaffneten Arbeitern besetzt. Militär und Polizei wurden verläufig gänzlich zurückgezogen.

### Der Generalfstreik beigelegt.

Warschau, 6. Nov. Amlich wird mitgeteilt, daß heute abends zwischen der Regierung und den Delegierten der Streikenden eine Verständigung erzielt wurde, auf Grund welcher der Generalfstreik bereits morgen beendet werden wird. Der Ministerrat hat beschlossen, nach Krakau, wo die heftigen Kämpfe eine schwere Lage geschaffen haben, einen außerordentlichen Regierungskommissar zu entsenden.

## Ein Aufruf an alle Sozialisten und Republikaner in Deutschland.

Berlin, 6. November. (Eigenbericht.) In einem heute verbreiteten Aufruf an die Sozialisten und Republikaner im Reich verweist der sozialdemokratische Parteivorstand darauf, daß die Bolschewisten den Kampf wollen und es schließlich falsch wäre, den Kopf in den Sand zu stecken. Neben der Reichsregierung seien die Landesregierungen berufen, den Umsturz abzuwehren. Es sei falsch, Freischützerorganisationen zu bilden, die einen Kampf mit den Bolschewisten aufnehmen sollen. Nur die Angliederung an die Organe der staatlichen Gewalt könne helfen. Zum Schluß werden die Sozialisten und Republikaner aufgefordert, sich für den Rückfall bereitzuhalten.

Unsere Deutschbürgerlichen hätten, wenn die italienischen Faschisten nicht zugleich mit den Arbeitern auch die Deutschen Südtirols

gequält und gepeinigt hätten. Mussolini längst zugejubelt. Wie er gegen die sozialistische Bewegung in Italien mit Hilfe seiner Schwarzhenden vorging, das bildete ja längst im Geheimen Gegenstand der Bewunderung auch bei unserem deutschnationalen Bürgertum. So müßte man es auch machen können, um endlich die verhasste Arbeiterbewegung niederzuknüppeln: Arbeiterheime, Arbeiterkassernen und sozialistische Zeitungsdruckereien demolieren und ausraubern, sozialistische Abgeordnete und Vertrauensmänner mit Revolver, Rhizinusöl und Gummiknüppel zur Kassa bringen. In ganz Europa schwebten alle Vörsenjobber, Industriemagnaten, Landbarone und Profitjäger in heller Begeisterung über Mussolini, den Befreier. Kein Wunder, wenn auch das deutschnationale Bürgertum in Mussolini ein herrliches Vorbild erblickte. Darum sehr auch Herr Dr. Lodgman, der Geist vom Geiste dieses Bürgertums ist, den Augenblick herbei, da wenigstens in Deutschland die „veraltete, überlebte, lästige Form“ der Demokratie durch die faschistischen Stahlhelmlente beseitigt und Mussolinis Werk nachahmung findet. In der Tschechoslowakei will Dr. Lodgman indessen noch für das Selbstbestimmungsrecht und die reine Demokratie „eintreten“, bis der Sieg des Faschismus es nach seiner Ansicht ermöglichen wird, sich auch um die Dinge bei uns zu kümmern. Es wäre müßig, Herrn Lodgman klarzumachen zu wollen, daß keine Schwärmerie für das deutsche faschistische Hakenkreuzlerium die Interessen der Deutschen in diesem Staate, deren einzige Existenzmöglichkeit auf der, wenn auch dürftigen Demokratie beruht, denn es ist nicht das erste Mal, daß die Deutschnationalen ihrem Volk unermesslichen Schaden zufügen. Aber man wird sich kein Eintreten für den Faschismus, dessen Vämme auch in Deutschland nicht in den Himmel wachsen werden, zu merken haben. Die Rechnung für seinen Verrat an der Demokratie wird ihm schon noch präsentiert werden!

## Der politische Generalfstreik in Polen.

(Von unserem g. Berichterstatter.)  
... den 3. November 1923.

Das viele und zu laute Ankündigen des Angriffes der Linken, das Drohen mit dem Generalfstreik, die Unfähigkeit, die allorts ausbrechenden Lokalfstreiks zu vereinfachen, das Reden anstatt zu handeln, hat den für die P. P. S. (Polnische sozialistische Partei) unerwarteten, für jeden nachdenkenden Politiker aber unausweichlichen Erfolg gezeitigt, daß die Rechte zum Schlage ausholte, ehe die Arbeiterschaft und ihre Führung recht begriffen haben, warum es geht. Sind in die ersten und die später rekonstruierten Kabinette des Bauernführers nur die weniger exponierten Größen der Nationaldemokratischen Chejeta eingetreten, ist Witos noch Premier geworden mit dem großen Schlag und Janotari „Agrarreform“, so ist ihm allmählich die Führung aus den Händen genommen worden und nun übernimmt unverblümt und kalten Blutes die äußerste Rechte die Regierung. Witos bleibt noch Staffage, die jederzeit beseitigt werden kann, oder aber, er sagt S, nachdem er einmal A gesagt hat.

Jeder der drei Namen Dmowski, Korfanti und Chlapowski bedeutet ein Programm für sich. Dmowski übernimmt an Dordas Stelle, der zum Staatssekretär ernannt wurde, das Parteisekretariat des Reichens, Korfanti wird Stellvertreter des Premiers und Chlapowski wurde zum Minister für Landwirtschaft nominiert. Dmowski ist aus dem Weltkrieg und den Friedensverhandlungen als schärfster Vertreter des polnischen Nationalismus bekannt, er macht aus seinen imperialistischen Gesinnungen kein Geheimnis, Korfanti, dem man wegen seiner schmutzigen geschäftlichen und moralischen Vergangenheit bis nun kein Ministerium anzuvertrauen wagte und der ein kleiner Stimmes in polnischer Kammer ist, wird gleich zum Vizepremier. Chlapowski ist einer der größten Landbesitzer Polens und hat als Defensor der ostelbischen Klären; unter keinem Regime ist die Agrarreform, ohne die es keine Gesundung der Staatsfinanzen gibt, endgültig begraben.

Die P. P. S. hat gegen die Ernennung Korfantis zum Vizepremier einen umfangreichen Protest erlassen, weil dieser Posten in der Verfassung unbekannt ist. Sie hat zu dieser Frage eine dringende Interpellation im Sejm angekündigt. Inzwischen rüftet die Reaktion weiter. In der Zuckerindustrie wurde mit Erlaß des Ministeriums der zwölfstündige Arbeitstag eingeführt. Nach tag- und wochenlangem Ausbarren verbluten die Teilstreiks im Lande, die Kopflosigkeit ist unglücklich. Die P. P. S. hat bis gestern aus einem falsch verstandenen Patriotismus überhaupt keine direkte Parole ausgegeben.

Gestern ist der Generalfstreik beschlossen worden; inzwischen ist in den Westbezirken der Ausnahmezustand verhängt worden, die einrückenden gemachten Eisenbahner der Militärstrafgerichtsbarkeit unterstellt worden. Dazu organisieren die Faschisten die S. S. S. (die soziale Nothilfe) die von der Regierung sogar bewaffnet wird. Die Sozialisten, die immer mit dem Anhang Bilsudkis in Militärkreisen gerechnet haben, sehen sich vor die Tatsache gestellt, daß die meisten Legionäre und Freunde Bilsudkis von den leitenden Stellen und aus dem Generalfstab entfernt worden sind.

Der Vergleich mit der innerpolitischen Lage Deutschlands drängt sich einem immer mehr auf, wenn man erwägt, wie systematisch und berechnend Schritt für Schritt die Reaktion den Boden zum Angriff vorbereitet hat und wie spät und gerade im ungünstigsten Augenblicke die P. P. S. zum allerletzten Mittel, dem Generalfstreik, rief. Es wird jetzt darauf ankommen, ob der Plan und der Kampfesmut der Arbeiter, die heute nach den wochenlangem Teilstreiks zum Großteil zermüht und apathisch sind, die Kraft der Organisation und ruhigen und harthaltenden Führung zum Teil wenigstens werden ersetzen können. Den Kampf hat nach der planmäßigen Vorbereitung die Reaktion mit dem Generalangriff begonnen. Der Generalfstreik wird — falls er überhaupt zur völligen Durchführung kommt — nur noch eine Aktion der Abwehr sein. Die nächsten Tage, vielleicht schon die nächsten Stunden, dürften das Schicksal Polens und vor allem der arbeitenden Klassen in Polen für längere Zeit entscheiden.



sehen Internationale ausgeübt betrachten werden und die Internationale würde daraufhin nur denjenigen Teil der norwegischen Arbeiterpartei als ihre norwegische Abteilung ansehen, der die von der Mehrzahl des Parteikongresses getroffene Entscheidung nicht anerkennt.

Die Landesversammlung hat das Ultimatum des Exekutivkomitees mit 109 gegen 103 Stimmen verworfen und eine Erklärung angenommen, in der es heißt, daß es Recht und Pflicht der Landesversammlung sei, zu den vorliegenden Fragen Stellung zu nehmen und die Richtlinien der Politik der Partei in Norwegen selbst festzulegen.

seiner Wirtschaft liegenden Kräfte zu konzentrieren, zu dem Zweck, das furchtbare Elend, das heute nicht allein die Massen der Arbeiter, Angeestellten und Beamten, Sozial- und Kleinrentner, sondern vor allem auch weiteste Kreise des Mittelstandes ergreift hat, zu lindern.

Warn für die deutsche Kultur.

Von E. B. Auffhäuser.

Vor nicht langer Zeit sind in der deutschbürgerlichen Presse zwei Artikel erschienen, welche sich mit dem Zustand unserer deutschen Theater in der tschechoslowakischen Republik beschäftigen. Die Frage ist nicht neu und in den Kritiken wird kein Weg gezeigt, über den nicht schon einmal gesprochen worden wäre.

Organisierte Plünderungen in Berlin.

Wer sind die Anführer? — Die Polizei machtlos. — Antändigung scharfer Maßnahmen gegen die Plünderer.

Berlin, 6. November. (Eigenbericht.) Die gestrigen Unruhen in Berlin hatten einen viel ernsteren Charakter als es zunächst schien. Das Besondere daran war, daß die Massen sich zu antisemitischen Ausschreitungen der schlimmsten Art hinreißten ließen, die ganz an die Pogrome nach russischer Weise erinnerten.

allerdings nicht mehr die Geschäfte mit jüdischen Inhabern, sondern die Läden und Plünderungen richteten sich wahllos gegen solche Geschäfte, welche Lebensmittel oder Bekleidungsstücke führten. Trotzdem die Schutzpolizei in erhöhter Bereitschaft stand und Tag und Nacht auf den Beinen war, war sie doch diesen Massenplünderungen gegenüber fast machtlos.

Dank an die Belgier.

London, 6. November. (M.) Die antilichen Kreise sprechen ihre Befriedigung über die drastische Handlungsweise der Belgier aus, um der separatistischen Unordnung in der von ihnen besetzten Rheinzone ein Ende zu bereiten. Durch die strenge Geltendmachung des Verbotes der Obersten Kommission bezüglich des Waffentragens haben die Belgier nach Vertreibung der separatistischen Banden aus Aachen, die Elemente der Unordnung auch aus anderen Orten ihrer Zone hinausgejagt.

Auch im Stadtzentrum wird geplündert

Berlin, 6. November. Ueber die heutigen Plünderungen in Berlin meldet das „S-Mär Abendblatt“: Die Bewegung, die gestern im Scheunenviertel eingesetzt hat und auch während der Nacht nicht abkante, hat sich heute beinahe auf alle übrigen Stadtteile Groß-Berlins übertragen. Fortwährend laufen Meldungen über Plünderungen, Diebstähle und tätliche Angriffe gegen Bürger auch nicht jüdischer Abkunft ein.

Ueber von den Separatisten?

Berlin, 6. November. Wie aus zuverlässiger Quelle gemeldet wird, sind in Bonn die Separatisten von den Franzosen entworfen worden. Es läßt sich, wie von zuständigen Stellen erzählt wird, nach nicht übersehen, ob dies eine grundsätzliche Aenderung der französischen Politik gegenüber den Separatisten bedeutet, weil aus früheren Ortschaften noch Eingriffe der Franzosen zugunsten der Separatisten gemeldet werden. Es ist aber möglich, daß die neue Ordre in diese kleinen Ortschaften noch nicht gedrungen war.

Die kommunistische Partei bestreitet heute, daß sie irgend etwas mit diesen Ausschreitungen zu tun hätte und weiß jeden Verdacht, daß sie mit den Deutschvölkischen unter einer Decke stecke, mit Entrüstung zurück. Aber die Tatsache steht fest, daß die kommunistische Agitation der letzten vergangenen Monate sich immer offener der nationalsozialistischen Phrasologie bedient hat, und daß zwischen der Partei und der geringsten Unterschicht zu merken war.

\* \*

Am Vorabend des Rechtsputzes.

Stresemann lehnt die Koalition mit den Deutschnationalen ab. — Die Volkspartei will ihren Kanzler kürzen. — Die alte Koalition ruft zum Schutze der Republik auf.

Berlin, 6. November. Der „Deutschen Wochenschau“ zufolge legte Reichskanzler Dr. Stresemann in der gestrigen Fraktionssitzung der Deutschen Volkspartei seine Pläne für die nächste Zeit dar und betonte, daß er entschlossen sei, die Macht nicht aus der Hand zu geben, da er die Verantwortung für eine regierungslose Zeit nicht übernehmen könne.

auffällige Stille und zugleich eine überall fühlbare Spannung. In Regierungskreisen herrscht eine seit langem nicht mehr beobachtete Zurückhaltung und allgemein begegnet man einem Gefühl der Unsicherheit vor der allernächsten Zukunft. Die damit verbundene Nervosität ist offenbar darauf zurückzuführen, daß neuerdings ein Schwanken in der Beurteilung der politischen Ziele des Generalstaatskommissars Naehr und seiner Berater platzgegriffen hat.

Separatistische Bandenkriege.

Kaiserlautern, 6. November. (Wolff.) Gestern abends wurde von dem Bezirksamt die freie Pfalz als Teil der rheinischen Republik ausgerufen. In einem Anschlag behaupten die Separatisten, daß sie von der Besatzungsbehörde anerkannt seien. Der französische Bezirksdelegierte hat eine Nachverkehrsperre auf unbestimmte Zeit verhängt und ein Zusammenrottungsverbot erlassen.

Eine notwendige Maßnahme.

Paris, 5. November. Hobas glaubt zu wissen, daß die englische Regierung eine Demarche der Alliierten in Erwägung zieht, um den „Cronprinzen von Preußen“ daran zu hindern, Holland zu verlassen und sich in Deutschland niederzulassen. Der englische Posthändler sei angewiesen worden, in einer Unterredung am Montag nachmittags Poincaré nach seiner Ansicht zu befragen.

Die Alliierten unter sich.

Reinigungsverschiedenheiten in der Endverhandlungen Konferenzenfrage.

Brüssel, 5. November. Die Belgische Telegraphenagentur erklärt, daß die in den letzten Tagen bezüglich der Ereignisse im Rheinlande und der Schaffung eines Expertenkomitees gepflogenen Verhandlungen deutlich gezeigt haben, daß Belgien stets eine persönliche Politik gefolgt habe. Diese Politik sei neutral und habe den Charakter einer Entente cordiale mit Frankreich und England.

Das „Berliner Tageblatt“ bemerkt, daß Dr. Stresemann in seiner eigenen Fraktion mit schweren Widerständen zu kämpfen habe. Es gibt Kreise, die ihn zu einem Rücktritt bewegen möchten, um einem Direktorium unter dem Herrn Minow den Weg zu ebnen. Laut „Vossischer Zeitung“ haben die frühesten Koalitionsparteien gestern abends einen aus ihren Vertretern gebildeten Ausschuss mit der Aufgabe betraut, sich über die Frage eines von den Fraktionen zu verbrodenden Auftrufes an die Bevölkerung schlüssig zu werden.

Die sozialdemokratische Regierung vor dem künftigen Landtag.

Dresden, 6. November. In der heutigen Landtagssitzung gab Ministerpräsident Jellisch folgende Regierungserklärung ab: Die Regierung, die in schwerster Zeit der Not von Volk und Land ihr verantwortungsvolles Amt antritt, wird es als ihre Aufgabe betrachten, auf dem Boden der Verfassung zu wirken und diese zu schützen. Es erschien geboten, die dem allgemeinen Volkswillen widersprechende reichskommissarische Verwaltung in Sachsen so rasch wie möglich durch eine ordnungsmäßige Regierung zu ersetzen, die in der Beachtung und dem Schutze der Reichs- und Landesverfassung ihre oberste Pflicht sieht.

London, 6. November. Reuters berichtet aus Washington: Leitende amerikanische Staatsmänner haben es abgelehnt, die wöchentliche Haltung der Vereinigten Staaten zu erörtern für den Fall, daß die französische Regierung ihren Standpunkt aufrecht erhält. Die letzte Entscheidung wird von den amerikanischen Regierungsexperten als eine vollkommen neue Stellungnahme der europäischen Alliierten zur Reparationsfrage ausgewertet.

London, 6. November. Die „Times“ berichtet, daß die britische Regierung sich die Antworten von allen drei alliierten Mächten erhalten hat. Belgien und Italien haben dem belgischen Entwurf zugestimmt. Die belgische Regierung schlägt eine geringfügige Aenderung vor, der die britische Regierung gerne zustimmt und gegen die die italienische Regierung ebenfalls keine Einwände erhebt.

In München: Unsicherheit vor der allernächsten Zukunft.

München, 6. November. Die politische Situation in München ist gekennzeichnet durch eine

Zu keinem Artikel verweist Verf. darauf, daß die in deutschbürgerlicher Vermutung stehenden Städte Reichenberg und Eger heute einen theaterlosen Winter haben werden, weil sie keine Bühnenleiter finden, die in unseren wirtschaftlich schwer bedrängten Tagen Mut und Mittel zur Führung eines Theaters aufbringen. Die Städte seien aber zu angemessenen Opfern nicht bereit oder auch nicht in der Lage, daher liege die Gefahr der Schließung der deutschen Theater sehr nahe.

aus Großdeutschen und Christlichsozialen bestehen. Der nicht langer Zeit sind in der deutschbürgerlichen Presse zwei Artikel erschienen, welche sich mit dem Zustand unserer deutschen Theater in der tschechoslowakischen Republik beschäftigen. Die Frage ist nicht neu und in den Kritiken wird kein Weg gezeigt, über den nicht schon einmal gesprochen worden wäre. Unser kommunalpolitisches Organ, die „Freie Gemeinde“, behandelt die Theaterfrage schon seit dem Jahre 1919, Fachmänner, praktisch im Theaterbetrieb tätig, haben wiederholt um Hilfe gerufen und auf Bege verwiesen, die aus den Rüben herauszuführen sollten, doch alle diese Mahnungen an das Bewußtsein sind bisher in der deutschen Öffentlichkeit verhallt, ohne Wirkung, ohne Tat! Immerhin sind diese Stimmen aus dem nationalen Bürgertum bemerkenswert.





thelen- und Wechselbanken in München und die Allgemeine Deutsche Kreditbank in Leipzig gehören.

Ein Kartellgesetz in Deutschland. Die deutsche Reichsregierung hat auf Grund des Ermächtigungsgesetzes eine „Verordnung gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen“ erlassen, die den Uebergriffen der Kartelle, Konventionen und Trusts entgegenzutreten soll.

Ein Angestelltenkongress in Ungarn. Für den 3. d. und die folgenden Tage haben die ungarischen Angestelltengewerkschaften einen Kongress nach Budapest einberufen.

Eine neue sowjetrussische Konzession. Der Rat der Volkskommissare genehmigte die Konzessionserteilung an eine amerikanische Gesellschaft, die durch Ingenieur Smith vertreten wird.

Devisenturle.

Die tschechische Krone notiert in:

Table with exchange rates for Prague, Berlin, and Vienna.

Prager Kurze am 6. November.

Table with gold and silver prices for various currencies.

Züricher Schlussturle am 6. November.

Table with gold and silver prices for various currencies.

Kunst und Wissen.

Erzina Protos, eine bereits bekannte Violinistin, gab Montag abends im Smetana-Saal des Repräsentationshauses vor zahlreichem Publikum ein Konzert.

heit gab, bravouröse Technik, stellenweise stufende Geländigkeit und warmen, weichen Gefühlsausdruck zu zeigen.

Michael Böhnen-Gastspiele. Samstag, den 10. November eröffnet Böhnen ein neuerliches Gastspiel als Nephistopheles in Gounods Oper „Margarethe“ (Gaut).

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Mittwoch „Mädli“; morgen Donnerstag Wohlthätigkeitsvorstellung „Die Fledermaus“.

Arbeitervorstellung „Räthchen von Heilbronn“. Der Verein deutscher Arbeiter in Prag setzt seine Nachmittagsvorstellungen mit einer Aufführung des neuinstudierten romantischen Märchens „Räthchen von Heilbronn“ von Heinrich von Kleist.

Urania.

Heute, 5 Uhr: „Handfertigkeitstanz“. Prof. Bruschka. Or: Nikolanderrealschule. Heute, 8 Uhr: „Vortragsabend“ Helene Henke-Breslau.

Der Film.

Urania - Kino. „Wilhelm Tell“. Heute halb 6 und 8 Uhr. Karten 3-12 K.

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz Karlsbad. Die am Sonntag im Arbeiterheim Altrohlau stattgefundene Bezirkskonferenz war von 114 Delegierten besucht.

Die Bezirkskonferenz der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei des Bezirkes Karlsbad erklärt in Anbetracht des Verhältnisses der Partei zu den Genossenschaften.

terkonsumenten auf, die wirtschaftlichen Organisationen, Konsumvereine, Arbeiterbäcker, genossenschaftliches Warenhaus usw. zu fördern.

Die genossenschaftlichen Organisationen sind ein Bestandteil der modernen Arbeiterbewegung ohne welche ein wirksamer Kampf gegen den Kapitalismus und gegen den Eigentumsfanatismus nicht möglich ist.

Bei den Neuwahlen wurden als Delegierte für den Parteitag die Genossen Sacher, Schoffe, Hofner, Holik und die Genossinnen Fritsch und Heidler gewählt.

Bezirkskonferenz Pölsa. Bei der letzten stattgefundenen Bezirkskonferenz in Pölsa hielt nach Erstattung der Berichte Genosse Wallek ein Referat über „Die politische Situation und der Parteitag“.

Bezirkskonferenz Buchau. In dieser Konferenz waren sieben Organisationen durch 21 Delegierte vertreten. Die Konferenz beschäftigte sich mit dem Ausbau der Organisationen im Bezirke.

Bezirkskonferenzen. Auffig-Stadt: Freitag, den 16. November, 7 Uhr abends im Volkshaus in Auffig.

Bezirkskonferenz. Auffig-Stadt: Freitag, den 16. November, 7 Uhr abends im Volkshaus in Auffig.

Bibliotheken

für Organisationen, Vereine, Gemeinden, Gewerkschaften, Schulen usw. werden zweckentsprechend zusammengestellt, sowie ergänzt, von der

Bolschbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad.

Ein Wanderbuch

für das Nicht- u. Erzgebirge, Zsch. - Böhmische Schweiz, Tsch. - u. Niesengebirge, Mühlentale u. Glatzgebirge u. Glatzer.

schönau. Tagesordnung: Der Parteitag, Organisation und Allgemeines.

Jugendbewegung.

Zweiter ordentlicher Verbandstag des tschechischen Jugendverbandes. Der Verbandstag findet am 9., 10. und 11. November in der „Volkshalle“ in Bodenbach statt.

Mitteilungen aus dem Sublitum.

Das Beste für Ihre Augen liefert Optiker Deutsch, Prag, Graben 25, Kl. Basar.

Der allgemeine deutsche Konsumverein in Prag, r. G. m. b. H., der in Weinberge, Waldinová 5, und Smichov, Stefaniková 5, seit Jahren Verkaufsstellen unterhält.

(Einmaliger rückzahlbarer und verzinslicher Beitrag 50 Kč. Anmeldebücher werden in allen Verkaufsstellen entgegengenommen.)

Der Erfolg dieses neuerlichen Aufrufes wird darüber entscheiden, ob auch in den übrigen Prager Bezirken Verkaufsstellen errichtet werden und ob das nationalpolitisch und volkswirtschaftlich so hochbedeutungsvolle Unternehmen in der Prager deutschen Bevölkerung den nötigen Rückhalt findet.

Verkaufsstellen: Weinberge, Waldinová 5; Smichov, Stefaniková 5; Poltschowitz, Sternberkova 1252.

Herausgeber: Dr. Ludwig Eysch und Karl Cermak. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei in Prag.

Druck- und Verlagsanstalt Gesellschaft m. b. H. Teplitz-Schönau.

empfehlen sich den P. T. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Druckarten: wie Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitungsflisten, Zirkularen, Mitteilungsblättern, Einladungen, Plakaten, Flugchriften, Faktoren, Briefpapieren etc. in solider und rascher Ausführung. Selbstaufbewahrungsbetrieb und Rotationsbetrieb.



Das ist die Qualitätsmarke! Berson Gummiabsätze und Gummisohlen.